



Endlagerung von hochradioaktivem Atommüll: PDG-Mehrheit reicht Resolution ein

Die 3 Fraktionssprecher der Mehrheit, Freddy Cremer (proDG), Charles Servaty (SP) und Gregor Freches (PFF) äußerten sich mit einem klaren Nein gegen die Pläne hinsichtlich der Endlagerung von hochradioaktivem Atommüll in unmittelbarer Nähe zur Deutschsprachigen Gemeinschaft und hinterlegten am heutigen Freitag einen entsprechenden Resolutionsvorschlag im PDG. Die Resolution richtet sich sowohl an die Föderalregierung als auch an die DG-Regierung.

Der für 2025 vorgesehene Ausstieg Belgiens aus der Kernenergie stellt nicht das Ende des nuklearen Kapitels dar. Die sichere Lagerung des radioaktiven Atommülls bleibt ein Langzeitproblem und Orte müssen gefunden werden, an dem Atommüll möglichst sicher und isoliert von Mensch und Umwelt für tausende Jahre gelagert werden kann. Aufgrund internationaler Vereinbarungen muss dies für Belgien auf nationalem Boden geschehen.

Letzten Informationen zufolge wurden mehrere Standorte in der Provinz Luxemburg und Lüttich ins Auge gefasst und sowohl das „Stavelot-Massiv“ als auch das „Sydical de Neufchâteau“ wurden genannt. Das kann und will die PDG-Mehrheit nicht hinnehmen und weigert sich, erhebliche Risiken für Mensch und Natur in Kauf zu nehmen. Im Resolutionsvorschlag wird daran erinnert, dass die Hochmoorlandschaft des Hohen Venns das älteste Naturschutzgebiet der Wallonie darstellt und die unberührte Natur der Ardennenlandschaft, mit ihrer reichen Fauna und Flora, wahre Schätze darstellen, deren Attraktivität es zu schützen gilt. Die starke Strahlkraft des gesamten touristischen Sektors stehe auf dem Spiel, so die Mehrheit.

Das Fraktionssprecher-Trio erhofft sich eine breite Beteiligung seitens der Oppositionsparteien, um innerbelgisch mit einer Stimme auftreten zu können. In letzter Instanz hat die Föderalregierung im Entscheidungsprozess das letzte Wort, die im Resolutionstext nicht nur dazu aufgefordert wird, auf das „Stavelot-Massiv“ und das „Sydical de Neufchâteau“ als Endlager für radioaktive Abfälle zu verzichten, sondern ebenfalls sowohl die DG-Regierung als auch die 9 Gemeinden in dieser Angelegenheit stets auf den neuesten Stand zu halten und beide Ebenen strikt in die Entscheidungsfindung miteinzubeziehen.